

Lehren ziehen aus Tschernobyl

Eine Stellungnahme von DGS-Präsident Dr. Horst Selzer

Der rechnerisch nahezu unmögliche Reaktorunfall in Tschernobyl hat viele Behauptungen widerlegt und eine neue Phase der Energiediskussion eingeläutet. Anstatt aber allerorten Anzeichen eines kritischen Überdenkens zu sehen, wird bereits von einigen Politikern die Gelegenheit wahrgenommen, die Verteidigung der Kernenergie mit der erneuten Herabsetzung der regenerativen Energiequellen zu verbinden.

Die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie hat sich bisher weitgehend aus der aktiven Diskussion um die Kernenergie herausgehalten und sich statt dessen konstruktiv für die Förderung der regenerativen Energiequellen eingesetzt. Die jetzt selbst nach einem so schweren Reaktorunfall unverändert fortgesetzte Argumentation der Befürworter der Kernkraft wirft allerdings die Frage auf, ob eine Koexistenz von Kernenergie und Sonnenenergie in unserem Lande überhaupt möglich ist.

Welch ein Ungleichgewicht bei Werbung, Haushaltsmitteln und in der öffentlichen Diskussion zugunsten der Kernenergie, die 1984 nur mit 8,1 % als Primärenergieträger an unserer Energieversorgung beteiligt war. Warum tragen die übrigen 91,9 % nicht im gleichen Maße zur Diskussion und Problematik bei?

Würden wir es tolerieren, wenn eine Behörde z.B. die Erlaubnis erteilte, zum Verfüllen von Baugruben Munition und Blindgänger aus dem letzten Krieg zu verwenden, da sie ja erwiesenermaßen über 40 Jahre sicher waren? Leider ist ein Problem, das sich zum Politikum ausgewachsen hat, nicht mehr rational zu diskutieren. Deshalb bedarf es drastischer Vergleiche, um vor einer stereotypen Antwort hoffentlich den Denkprozeß einzuschalten. Und Tschernobyl sollte uns alle zum Nachdenken, Überdenken und Vordenken veranlassen.

Wie steht es heute mit dem Kostenvorteil der Kernenergie? Zum Nachdenken eine einfache Überschlagsrechnung: 1984 wurden in der Bundesrepublik ca. 83,5 Milliarden kWh an Kernenergie verbraucht, das entspricht bei Produktionskosten von 0,10 DM/kWh einem Gesamtwert von 8,3 Milliarden DM. Durch die aus der Sowjetunion herübergewehrte Radioaktivität mußte und muß z.B. die Milchproduktion überwacht, eingestellt oder umgestellt werden. Nimmt man für die dadurch entstandenen Kosten

oder Einbußen nur 0,10 DM/kg an, so ergibt sich bei der Jahresproduktion in der Bundesrepublik von 25 Millionen t Milch eine finanzielle Belastung von 2,5 Milliarden DM. – Polen exportiert jährlich Lebensmittel im Wert von 2,2 Mrd. DM. Bleibt Polen nun auf diesen Lebensmitteln „sitzen“, oder werden sie doch auf Umwegen in unsere Supermärkte geschleust?

Leider wird es keine einzige Aufrechnung aller verursachten Kosten geben, auch nicht für das Gemüse, die Handelseinbußen, für die Touristik und die statistisch verteilten und nicht nachweisbaren Krankenkosten. Die einzige Rechnung, die aber immer wieder mit großem Werbeetat veröffentlicht wird, ist die des billigen Kernenergiestroms. In dieser Rechnung werden jedoch die staatlichen Vorleistungen mit mehr als 29 Mrd. DM sowie die ständigen staatlichen Ausgaben für dadurch verursachte Arbeiten und Folgekosten nie erwähnt.

Es gibt inzwischen mehrere Untersuchungen, die unabhängig voneinander den Nachweis geführt haben, daß die regenerativen Energiequellen bei kontinuierlichem Ausbau in 50 bis 100 Jahren die gesamte Energieversorgung der Bundesrepublik gewährleisten könnten, und zwar zu Kosten, die nahezu gleich den Kosten der Kernenergie oder sogar niedriger sein werden. Eine Studie wurde von Prof. Häfele (jetzt Leiter der Kernforschungsanlage Jülich) in seiner Laxenburger Zeit geleitet, zwei andere Arbeiten stammen von Prof. Bauerschmidt und Prof. Meyer-Abich. Auch die Enquete-Kommission der Bundesregierung hatte bereits 1980 innerhalb der vier verschiedenen Energiepfade eine Variante völlig ohne Kernenergie herausgearbeitet. Das Bundeswirtschaftsministerium hat 1984 ein Gutachten zum voraussichtlichen Beitrag der regenerativen Energiequellen im Jahre 2000 erstellen lassen. Ergebnis: 4 bis 7 Prozent des Primärenergieverbrauchs – und dies ohne staatliche Förderprogramme.

Wo ist der Widerhall dieser Papiere?

Die Kernenergie wurde von 1956 bis 1984 mit mindestens 29,5 Mrd. DM staatlich gefördert, bis sie ihren Beitrag von 8,1 % am Primärenergieverbrauch erreichen konnte. Bei den Regenerativen heißt es: „Nur

5 % in 25 Jahren“, und dies auch noch zum Nulltarif, d.h. fast ohne weitere staatliche Unterstützung (bisher insgesamt 895 Mill. DM).

Die Kernenergie verringert zwar das Problem des sauren Regens, schafft aber eine ganz neue Dimension von Umweltproblemen. Die Regenerativen tragen zu keinerlei Umweltbelastung bei, mit Biogasanlagen werden sogar zusätzliche Entsorgungsprobleme gelöst. Die Nutzung der regenerativen Energiequellen geschieht immer nach einer Vollkostenrechnung. Bei Kohle- und Kernkraftwerken gehen dagegen nur Teilkosten in die Rechnung ein, denn der Staat und die Allgemeinheit haben eine Reihe von zusätzlichen Kosten zu tragen. Die Rechnungen sind schon x-fach aufgestellt worden und brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Recht hat, wer über den größten Werbeetat verfügt.

Was läßt sich nun praktisch in unserer Situation machen?

1. Festsetzung eines neuen energiepolitischen Zieles: zum Beispiel innerhalb der nächsten fünf Jahre 2 % unseres Primärenergieverbrauchs aus der Energieeinsparung und 2 % aus den verschiedenen regenerativen Energiequellen zu decken, d.h. aus Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, Biogasanlagen, Windrotoren und Photovoltaik.
2. Jeder weitere Kraftwerkszubaum muß am Bedarf überprüft werden. Wir verfügen in der Bundesrepublik über höchste Qualität der Elektrizitätsversorgung, d.h. über solche Reservekapazitäten, daß für Jahrzehnte eine Erhöhung des konventionellen Kraftwerkparkes unnötig ist. Insbesondere dann, wenn der Verbrauch für nicht stromspezifische Zwecke (z.B. Heizen) eingeschränkt wird und es außerdem zu einer kontinuierlichen Penetration von regenerativen Stromquellen (Wind, Photovoltaik) kommt.

Diese Ziele müssen durch ein breites Band unterstützender Maßnahmen, wie Schulung, fiskalische Anreize, Modernisierung des Energiewirtschaftsgesetzes u.ä. untermauert werden. Die technischen Voraussetzungen für ein solches Programm sind vorhanden. Die Diskussion darüber kann mit jedem aufgenommen werden. Was bisher fehlte, war der Wille. Wenn hier der Unfall von Tschernobyl eine Wandlung herbeiführt, wäre er sogar zu etwas gut gewesen.